



# JAHRESBERICHTE 2017

## SP STADT BERN



**Impressum**

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern  
Monbijoustrasse 61, Postfach 2947, 3001 Bern  
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81  
bern@spbe.ch, [www.spbern.ch](http://www.spbern.ch)  
März 2018

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Bericht des Präsidiums</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion</b> .....	<b>6</b>
<b>3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte</b> .....	<b>9</b>
<b>4. Gemeindeabstimmungen</b> .....	<b>12</b>
<b>5. Mitgliederentwicklung</b> .....	<b>13</b>
<b>6. Jahresrechnung</b> .....	<b>14</b>
6.1 Bilanz per 31. Dezember 2017 .....	14
6.2 Gewinn- und Verlustrechnung 1.1. - 31.12.2017 .....	15
<b>7. Berichte der Arbeitsgruppen</b> .....	<b>16</b>
7.1 Arbeitsgruppe Bildung.....	16
7.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung .....	17
7.3 Arbeitsgruppe Kultur .....	17
7.4 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit.....	19
7.5 Arbeitsgruppe Sicherheit.....	20
7.6 Arbeitsgruppe Sozialpolitik .....	21
7.7 Arbeitsgruppe Sport .....	22
7.8 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr .....	22
7.9 Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie .....	23
<b>8. Bericht der JUSO Stadt Bern</b> .....	<b>24</b>
<b>9. Kontaktadressen</b> .....	<b>27</b>

# 1. Bericht des Präsidiums

Kaum eine städtische Wahl wurde in der Vergangenheit innerhalb der SP so eingehend nachbesprochen, wie die Wahlen 2016 – und das hat leider einen unerfreulichen Grund: In der neuen Legislatur stellt die SP Stadt Bern erstmals seit 24 Jahren das Stadtpräsidium nicht mehr. Die Gründe dafür wollten wir genau kennen, um daraus unsere Schlüsse für kommende Wahlen zu ziehen. An verschiedenen Anlässen in unterschiedlichen Formaten lud die Parteileitung die Mitglieder deshalb ein, die Ergebnisse fundiert zu analysieren:

- Bereits einen Tag nach dem zweiten Wahlgang zum Stadtpräsidium vom 15. Januar 2017 äusserten sich die Delegierten an einer von den Medien stark beachteten DV (mit Live-Mitschnitt von «Schweiz aktuell») zu den Gründen für das Wahlergebnis.
- Im Februar lud das Präsidium zu einem Abend der „offenen Tür“. Dort hatten alle Mitglieder der Stadtsektionen die Möglichkeit, in Form eines World Café ihre Einschätzungen und Analysen zu teilen.
- Diverse Mitglieder ergriffen zudem die Möglichkeit, sich direkt beim Co-Präsidium zu melden, um ihre Sicht auf die Wahlen und das Resultat mitzuteilen.
- Der Abschluss der Rückschau und die Quintessenz daraus wurden an der Hauptversammlung im März präsentiert.

Zusammenfassend gab nicht ein einzelner Grund, sondern ein Cocktail aus verschiedenen Gründen den Ausschlag, dass Ursula Wyss nicht die erste Stadtpräsidentin von Bern wurde: Das Image der verschiedenen Player, die Kampagne und nicht zuletzt die politische Konstellation.

Neben dieser Rückschau galt es auch, eine für die Stadt Bern prägende Figur zu verabschieden: Alexander Tschäppät. An der DV im Januar hielten alle ehemaligen und aktuellen Fraktionspräsidentinnen und –präsidenten, die das Amt innehatten, während Alex im Gemeinderat war, Laudation und dankten ihm für seinen unermüdlischen Einsatz für die Stadt. Alex selber dankte der SP für die gute Zusammenarbeit und mahnte, auch mit vier RGM-Gemeinderatssitzen nicht übermütig zu werden.

In der April-Delegiertenversammlung wurde ein spannender, wenig bekannter Aspekt städtischen Zusammenlebens beleuchtet: «Urban Citizenship». Dabei geht es u. a. darum, Möglichkeiten zu schaffen, um allen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, ungeachtet der jeweiligen Staatszugehörigkeit und des Aufenthaltsstatus.

Dass die Velooffensive über die Stadtgrenzen hinaus wirksam werden muss, ist nicht nur logisch, sondern zwingend, will man den Anteil an Velofahrten erhöhen und das Velofahren attraktiver machen. Aus diesem Anlass präsentierten die Exekutiv-Vertretungen der SP der Gemeinden Bern, Köniz, Muri, Ostermundigen und Zollikofen an der zu einer Tradition gewordenen gemeinsamen DV die Bestrebungen zur Förderung des Veloverkehrs in ihren Gemeinden. Im Mittelpunkt steht dabei das Ziel, ein überkommunales Velonetz zu schaffen, das auch die Regionalkonferenz Bern-Mittelland verfolgt.

Dass der grosse Wandel in der Medienlandschaft vor Bern nicht haltmachen wird, wurde spätestens nach dem Bekanntwerden der Pläne von Tamedia offensichtlich: Sie will die Redaktionen von Bund und BZ massiv verkleinern. Dies würde unweigerlich zu einem Verlust der Medienvielfalt auf dem Platz Bern führen. Deshalb nahmen wir dieses Thema auf und luden an der DV vom August Vertretungen von Bund und BZ, des Regionaljournals Bern-Freiburg-Wallis sowie des Journal B ein, ihre Sicht der Dinge vorzustellen und zu diskutieren. Vom Publikum wurde die Wichtigkeit von unabhängigen und qualitativ hochwertigen Medien hervorgehoben. Den Schlusspunkt setzte Sandra Künzi mit einer augenzwinkernden Zusammenfassung.

Seit den Wahlen 2016 führt mit Michael Aebersold erstmals ein SPler die städtische Finanzdirektion – was auch deutlich merkbar ist. So geht es in der Wohnbaupolitik endlich in zügigen Schritten voran und den Steuersenkungsgelüsten der Bürgerlichen wurde eine klare Absage erteilt. Vorerst muss die Stadt ihre Hausaufgaben erledigen – sprich zunächst müssen die grossen anstehenden Investitionen nachhaltig finanziert werden können. Zudem sind finanzpolitische Schnellschüsse sicher nicht angezeigt, solange nicht bekannt ist, welche Auswirkungen von den geplanten Steuergesetzrevisionen auf den übergeordneten Staatsebenen zu erwarten sind. Seine Erfahrungen im ersten Jahr als Finanzdirektor stellte Michael Aebersold den Delegierten im Oktober vor. Dazu gehörte auch ein finanzpolitischer Ausblick.

Neben den Hauptthemen wurden an den DVs Parolen zu städtischen Abstimmungen gefasst. Auch dort zeigte sich der Nachholbedarf bei den Sanierungen und der Infrastruktur. 2017 wurde über die Sanierung beziehungsweise den Bau von drei Schulhäusern abgestimmt. Die zentrale Abstimmung 2017 war aber diejenige zum Ausführungskredit Tram Bern-Ostermundigen. Das Berner Stimmvolk bestätigte seine schon 2014 geäusserte Zustimmung wiederum klar mit einem Ja-Anteil von 62%. Nun muss noch das kantonale Referendum abgewartet werden, bis sicher ist, dass die überlastete Buslinie 10 endlich durch ein leistungsfähigeres Tram ersetzt werden kann.

Die GL hat im März auf Anregung zweier Mitglieder eine ad hoc - Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Parteistrukturen sowie die Zusammensetzung und Aufgaben der Parteigremien nach möglichen Verbesserungen durchleuchtete. Die Gruppe hat dazu einen ausführlichen Bericht verfasst und festgestellt, dass die Strukturen insgesamt professionell und zweckmässig sind. Im Bericht wurden auch Vorschläge gemacht, wie die Zusammensetzung einzelner Parteigremien geändert werden könnte. Die GL diskutierte den Bericht und nahm auf dessen Anregung hin Anpassungen der Geschäftsordnung vor, um die Aufgaben der einzelnen Gremien zu präzisieren.

Personell gab es in der Parteileitung eine Änderung: Ladina Kirchen wurde von den Delegierten als freies Mitglied an der Hauptversammlung einstimmig gewählt.

Allen, die sich in diesem Jahr für die SP engagiert, sich konstruktiv einbrachten und exponiert haben, danken wir ganz herzlich – ohne diesen Einsatz wäre sozialdemokratische Politik in der Stadt Bern nicht möglich!

Edith Siegenthaler und Stefan Jordi, Co-Präsidium SP Stadt Bern

## 2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion

### Personelles

Nach den Stadtratswahlen ist die Fraktion mit 24 Sitzen in die neue Legislatur gestartet. Als neue Fraktionsmitglieder durften wir Tamara Funciello und Mohamed Abdirahim (beide JUSO) sowie Timur Akçasayar begrüßen. Michael Aebersold nahm nach dem Rücktritt von Alex Tschäppät im Gemeinderat Einsitz, wo er als Finanzdirektor unter anderem die Boden- und Wohnbaupolitik massgebend mitgestaltet. Abschied genommen haben wir im März 2017 von David Stampfli, der in den Grossen Rat nachgerutscht ist. Wir danken ihm herzlich für seine langjährige engagierte Arbeit im Stadtrat. Seinen Platz hat Ladina Kirchen übernommen.



### Parlamentarische Arbeit

Das Stadtparlament hat an 23 Sitzungstagen insgesamt 442 Geschäfte behandelt. Neben vielen parlamentarischen Vorstössen hat der Rat zahlreiche Sachvorlagen des Gemeinderats verabschiedet. Nachfolgend ein thematisch gegliederter Überblick über wichtige Geschäfte:

Anfang Jahr erklärte der Stadtrat eine interfraktionelle Motion gegen **Racial Profiling** erheblich. Ein Quittungssystem soll verhindern, dass Personenkontrollen durch die Kantonspolizei allein aufgrund äusserer Merkmale wie der Hautfarbe durchgeführt werden.

Die städtische rot-grüne **Verkehrspolitik** zeigt weitere Erfolge: Bernerinnen und Berner setzen auf den öffentlichen Verkehr (öV) und aufs Velo. Der Anteil der mit dem Velo zurückgelegten Wege ist seit 2010 von 11 auf 15 Prozent angestiegen. Mit dem Velo-Verleihsystem und weiteren Velo-Haupttrouten sind wichtige Projekte angestossen worden, um den Veloverkehr zu fördern.

Ende August hat der Stadtrat einen Kredit von 24,9 Mio. Franken für das **Tram Bern-Ostermundigen** deutlich bewilligt. Dieses Resultat hat das Berner Stimmvolk Ende November mit 62,2 Prozent Ja-Stimmen bekräftigt – ein klares Signal für die kantonale Abstimmung vom 4. März 2018.

Der **Eigerplatz** wurde im August nach mehr als einjähriger Bauzeit eingeweiht, womit eine von vielen Baustellen in der Stadt verschwunden ist.

Mit der Planung des **Gaswerkareals** geht es endlich vorwärts. Der Gemeinderat hat das weitere Vorgehen für die Entwicklung des Areals festgelegt. Ziel muss ein lebendiges, durchmischtes und gut erschlossenes Quartier mit zahlbaren Wohnungen sein. Die bestehenden Kulturnutzungen dürfen dabei nicht gefährdet werden.

Gutgeheissen hat das Berner Stadtparlament den 5,8-Mio.-Kredit für den „Bueber“ im Marzili. Dies ist der Auftakt zur dringend benötigten Gesamtsanierung des Marzili-Bades. Weitere Schwimmbadsanierungen sind in Planung. Viel zu reden gegeben hat ausserdem unser im Juni eingereichte „Hot Dog-Vorstoss“, welcher alternative preisgünstige Essensangebote in den Badi-Restaurants fordert.

Die **Schulraumpolitik** ist auch 2017 im Fokus gestanden: In vielen Berner Schulen besteht grosser Sanierungs- wie auch Erweiterungsbedarf. Mit deutlicher Mehrheit hat die Berner Stimmbevölkerung den Baukrediten für die Volksschulen Marzili, Pestalozzi und Burgfeld zugestimmt.

Weiter reichten wir zwei Motionen ein, mit welchen wir die Stadt verpflichten wollen, bei der Lancierung von **Ganztageschulen und -kindergärten** endlich vorwärts zu machen.

Mitte November hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) das Gesuch für einen wissenschaftlichen Pilotversuch zur **regulierten Cannabisabgabe** in Bern abgelehnt. Dieser mutlose Entscheid ist ein Dämpfer auf dem Weg zu einer zeitgemässen Drogenpolitik. Gemeinsam mit vielen anderen Fraktionen haben wir Anfang Dezember den Gemeinderat aufgefordert, die politischen und juristischen Mittel gegen den mutlosen BAG-Entscheid auszuschöpfen.

Die Stadt Bern ist Pionierin bei der **Kehrichttrennung**. Seit dem Sommer läuft der zweijährige Pilotversuch zur Kehrichttrennung im öffentlichen Raum, Auslöser ist eine SP-Motion gewesen. Mit einem zusätzlichen Pilotversuch geht die Stadt noch einen Schritt weiter: Die Bernerinnen und Berner können zu Hause Papier, Büchsen, Aluminium, Kunststoffe und Glas in verschiedenfarbigen Säcken sammeln und diese in einem einzigen Container entsorgen. Den dafür nötigen Kredit hat der Stadtrat Ende November genehmigt.

Bei der Beratung über das **Taxireglement** vertrat die SP/JUSO-Fraktion die Haltung, dass Über sich unseren Rechtsgrundlagen anpassen solle und nicht umgekehrt. Der Stadtrat sprach sich für eine Totalrevision des Taxireglements aus.

Sozialpolitisch unverantwortlich sind die **Kürzungen im Sozialbereich** durch den bernischen Grossen Rat. Wir haben mit einer Interpellation nachgefragt, was dieser Abbau für Auswirkungen auf die Stadt hat. Gemäss Gemeinderat droht ab 2021 eine jährliche Mehrbelastung von über drei Mio. Franken. Die Stadt macht im Gegensatz zum Kanton ihre Hausaufgaben und will nun die Arbeitsintegrationsmassnahmen für Sozialhilfebeziehende in Bern gezielt ausbauen.

Im Mai hat der Stadtrat das neue **Personalvorsorgereglement** verabschiedet, welches den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat mit voller Besitzstandsgarantie vorsieht. Die Fraktion unterstützte den sozialpartnerschaftlichen Kompromiss.

Die Angestellten der Stadt Bern waren auch in Vorstössen im Mittelpunkt. So reichten wir eine Motion ein, welche einen vierwöchigen **Vaterschaftsurlaub** sowie einen analogen Urlaub für Regenbogenfamilien fordert. Die Motion wurde im November überwiesen und das Personalreglement entsprechend angepasst; ein grosser Erfolg für die Stadt als Vorreiterin und ein kleiner Schritt Richtung Gleichberechtigung. Bereits im April 2017 hiess der Stadtrat einen Antrag des Gemeinderats für eine Anerkennungsprämie für die städtischen Angestellten gut. Da diese Einmalzahlung aus unserer Sicht die Leistungen des Personals noch nicht genügend würdigt, reichten wir im Juni zusammen mit der Fraktion GB/JA! eine Motion ein, welche eine Lohnerhöhung für die städtischen Angestellten in der Grössenordnung von 5% fordert.

Beim **Fraktionsausflug** blieben wir dieses Jahr in der Stadt. Wir erlebten einen sehr spannenden „drogenpolitischen Rundgang“ mit dem Teamleiter von PINTO, der Mitarbeiterin der städtischen Koordinationsstelle Sucht und Gemeinderätin Franziska Teuscher. Anschliessend genossen wir ein gemeinsames Abendessen im Restaurant Marzilibrücke.

An dieser Stelle möchten wir der ganzen SP/JUSO-Fraktion für das Engagement im Stadt- und Gemeinderat wie auch in den vorberatenden Kommissionen und Arbeitsgruppen herzlich danken. Wir freuen uns sehr, als grösste Fraktion Verantwortung zu übernehmen und uns weiterhin für eine weltoffene und solidarische Stadt für alle einzusetzen.

Marieke Kruit und Lena Sorg, Co-Präsidentinnen der SP-Fraktion



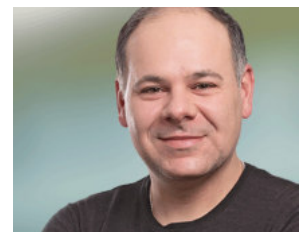
Marieke Kruit



Lena Sorg



Mohamed Abdirahim



Timur Akçasayar



Katharina Altas



Yasemin Cevik



Rithy Chheng



Benno Frauchiger



Tamara Funiciello



Nadja Kehrli

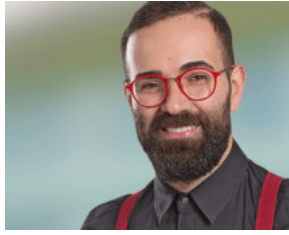


Ladina Kirchen



Ingrid Kissling





Fuat Köçer



Martin Krebs



Nora Krummen



Barbara Nyffeler



Peter Marbet



Lukas Meier



Patrizia Mordini



Halua Pinto



Edith Siegenthaler



Bettina Stüssi



Michael Sutter



Johannes Wartenweiler

### 3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte

Das Jahr 2017 war geprägt von Höhen und Tiefen. Der absolute Tiefpunkt kam unbestritten in der Novembersession mit dem grossen Abbaupaket. Trotzdem gab es auch Erfolge zu feiern. In einigen Bereichen führen intensive Gespräche und gute Argumente durchaus zu Mehrheiten. 2017 stiessen zudem ganz viele neue Gesichter zur Fraktion, so auch innerhalb der Stadtberner Delegation. Stefan Jordi und David Stampfli ersetzten den langjährigen Verkehrs- und Energiepolitiker Res Hofmann sowie den frisch gewählten Gemeinderat Michael Aebersold.

#### Januarsession

Die erste Session im Jahr war einmal mehr die kürzeste. Das führte sogar dazu, dass das Ratsbüro beschloss, zukünftig auf eine Januarsession zu verzichten. Dieser Entsch eid sollte dann zwar wieder umgestossen werden – doch dazu später. Die Kürze lag hauptsächlich daran, dass gar keine Gesetze oder Kreditgeschäfte beraten wurden, sondern ausschliesslich Vorstösse. Béatrice Stucki konnte für ihr Postulat «Die öffentliche Hand als Vorbild – ethische Vorgaben für die Anlage der Pensionskassengelder» erfreulicherweise eine Mehrheit erreichen. Ursula Marti zog ihre Motion «Panama-Papers: Schweizer Steuer- und Strafrecht anwenden» mit einer kurzen Erklärung wieder zurück.

## **Märzsession**

Diese Session begann gleich mit einem höchst umstrittenen Geschäft: der Volksinitiative «Keine Steuergelder für die Berner Reitschule» aus SVP-Kreisen. In der Debatte ging es weniger um den Inhalt, sondern vielmehr um die Frage, ob diese Initiative juristisch überhaupt zulässig sei. Eine Mehrheit des Grossen Rats bezweifelte dies und erklärte das Begehren deshalb für ungültig. Allerdings haben die Initianten den Beschluss juristisch angefochten – ein Entscheid steht noch aus. Abgesehen davon befassten wir uns mit der Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke, der Änderung des Abfallgesetzes, dem Angebotsbeschluss und dem Investitionsrahmenkredit für den öffentlichen Verkehr, der Spitalversorgung 2017 - 2020 und dem Kredit für das neue Polizeizentrum in Köniz. Im Grossen und Ganzen konnten wir diese Geschäfte unterstützen, auch wenn wir das Abfallgesetz nur mit Murren genehmigten, da zukünftig die Allgemeinheit die Sanierung alter Schiessstände bezahlen muss. Bei der Neubewertung der Grundstücke hätten wir gerne einen noch höheren Ansatz herausgeholt, aber dafür gab es keine Mehrheit. Ein Vorstoss von Stefan Jordi (übernommen von Michael Aebbersold) zur besseren Nutzung des Kasernenareals wurde leider nur teilweise überwiesen.

## **Junisession**

Die Junisession startete mit der Wahl der neuen SP-Grossratspräsidentin Ursula Zybach. Inhaltlich stand insbesondere der Kredit für das Tram Bern-Ostermundigen im Mittelpunkt. Viele Grossräte aus ländlichen Regionen zeigten nur wenig Verständnis für das ÖV-Projekt und bekämpften es ziemlich heftig. Dank der Unterstützung von urbanen Bürgerlichen und der Überzeugungskraft unserer Regierungsrätin Barbara Egger konnten wir den Kredit dennoch durchbringen. Allerdings haben die Gegner nicht aufgegeben und das Referendum ergriffen. Somit kommt es 2018 zu einer Volksabstimmung. Weiter beschäftigten wir uns mit der Jahresrechnung 2016, dem Bürgerrechtsgesetz, den Fachhochschulstandorten, dem Fachhochschulcampus im Weyeremannshaus und dem Kantonswechsel von Clavaleyres.

## **Septembersession**

In der Septembersession wurde wiederum eine kantonale Volksinitiative behandelt: «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!». Die Vorlage wurde mit einer deutlichen Mehrheit zur Ablehnung empfohlen. Ausser im ganz rechten Lager war man sich einig, dass Lehrpläne kaum seriös über eine Volksabstimmung beschlossen werden können. Weiter debattierten wir eingehend über das Landeskirchengesetz, den Strasseninvestitionsrahmenkredit, das Justizvollzugsgesetz und das Tourismusentwicklungsgesetz. Beim Landeskirchengesetz war unsere Fraktion besonders aktiv. Aus SP-Sicht ist es erfreulich, dass die staatliche Abgeltung an die Landeskirchen mit dem neuen Gesetz endlich klar geregelt wird und die viele wichtigen Dienstleistungen auch fair abgegolten werden. Zudem wurde der Vorstoss «Gleichstellung und Wahlfreiheit auch bei der Steuererklärung» unserer Stadtberner Grossrätin Meret Schindler teilweise überwiesen.

## Novembersession

Die Novembersession stand ganz im Zeichen der Spardebatte. Der Regierungsrat legte eine Steuergesetzesrevision mit Unternehmenssteuersenkungen vor. Um diese zu finanzieren, stellte er gleichzeitig ein umfassendes Abbaupaket zusammen. In der Ratsdebatte wurde rasch klar, wie wenig Respekt die rechte Ratsmehrheit kranken, armen oder alten Menschen entgegenbringt. Denn bei diesen wurde mit Abstand am meisten gespart. Obwohl unsere Fraktion Antrag um Antrag stellte und sich am Rednerpult ins Zeug legte, konnten wir kaum durchdringen. Es gab nur einige kleine Lichtblicke wie etwa die Rettung der Gartenbauschule Hünibach. Zum Schluss wurden die Steuersenkungen und das Abbaupaket durchgedrückt. Nicht besser erging es uns bei der Revision des Sozialhilfegesetzes, die Kürzungen von 10% beim Grundbedarf vorsieht. Zwar wurde diese Kürzung noch auf 8% korrigiert, aber auch dies ist aus linker Sicht nicht annehmbar. Sowohl das Steuer- als auch das Sozialhilfegesetz werden im März 2018 nochmals in einer zweiten Lesung behandelt. Allerdings sind positive Änderungen kaum zu erwarten. Somit wird die SP wohl gegen beide Gesetze das Referendum ergreifen müssen. Es gab aber auch in der November-Session erfreuliche Momente. So brachten wir dank unterschiedlichen Mehrheiten sowohl das Energiegesetz als auch das BKW-Beteiligungsgesetz durch. Zudem wurden die Motion «Kein Kahlschlag bei den kulturellen Aufgaben und Leistungen zugunsten der Bundesstadt» von Nicola von Greyerz ganz und der Vorstoss «Tierschutz im Kanton Bern sicherstellen» von David Stampfli teilweise überwiesen. Die Novembersession dauerte letztlich aber so lange, dass wir nicht alle Geschäfte beraten konnten. Somit musste die zuerst abgesagte Januarsession 2018 wieder neu angesetzt werden, um dann die Novembersession abzuschliessen.

David Stampfli, Grossrat



**Stefan Jordi**



**Ursula Marti**



**Meret Schindler**



**David Stampfli**



**Béatrice Stucki**



**Nicola von Greyerz**

## 4. Gemeindeabstimmungen

### 12. Februar

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Neubau und Sanierung Volksschule Marzili: Baukredit	Ja	Ja (90.95 %)

### 21. Mai

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Erweiterungsneubau Volksschule Pestalozzi: Baukredit	Ja	Ja (90,51 %)
Überbauungsordnung Uferschutzplan Abschnitt Neu-brück	Ja	Ja (91.81 %)

### 26. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Tram Bern Ostermundigen: Ausführungskredit	Ja	Ja (62.18 %)
Sanierung und Erweiterung Volksschule Burgfeld: Baukredit	Ja	Ja (86.90 %)
Budget 2018 der Stadt Bern	Ja	Ja (71.45 %)

## 5. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 01.01.2018

Sektion	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Diff. 15/16	Dele- gierte
Altstadt-Kir- chenfeld	182	182	183	191	192	182	179	176	172	184	+ 12	10
Bümpliz / Bethlehem	220	219	205	208	203	202	210	217	218	228	+ 10	12
Holligen	73	72	63	71	71	68	71	69	74	77	+ 3	4
Länggasse- Felsenau	220	188	171	178	172	155	174	179	187	192	+5	10
Nord	256	259	251	240	235	254	253	264	284	293	+ 9	15
Ost	171	167	148	162	176	180	178	188	194	204	+ 10	11
Süd	158	164	168	180	168	178	168	165	175	181	+ 6	10
Einzelmit- glieder	12	11	9	7	6	6	5	5	4	4	-	-
Total	1292	1262	1198	1237	1224	1225	1238	1263	1308	1363	+ 55	72

## 6. Jahresrechnung

### 6.1 Bilanz per 31. Dezember 2017

<b>Aktiven</b>	<b>117'400.69</b>
Postkonto 30-8910-5	94'540.84
Postkonto 31-590906-3	5'442.00
Postkonto 92-958286-0	16'877.55
Debitoren Sektionen	0.00
Debitoren andere	450.00
Debitoren VST	0.00
Transitorische Aktiven	90.30
<b>Passiven</b>	<b>117'400.69</b>
Kreditoren	0.00
Kreditoren automatisch	0.00
Transitorische Passiven	5'662.25
Wahlfonds	24'178.00
Kampagnenfonds	10'000.00
Fonds politische Rechte	12'057.20
Finanzausgleichsfonds	492.75
Gewinnvortrag 01.01.2017	64'858.41
Gewinn 31.12.2017	152.08
Gewinnvortrag 31.12.2017	65'010.49

## 6.2 Gewinn- und Verlustrechnung 1.1. - 31.12.2017

	<b>Rechnung 16</b>	<b>Budget 17</b>	<b>Rechnung 17</b>
<b>Total Aufwand</b>	<b>313'008.26</b>	<b>137'543.00</b>	<b>136'034.92</b>
Kampagnen	9'058.35	2'000.00	5'378.30
Wahlen	179'196.13	30'000.00	24'226.32
Veranstaltungen öffentlich	1'304.15	1'500.00	851.90
Unterstützungen extern	1'540.00	1'200.00	1'340.00
Werbung/Information	1'391.25	1'000.00	1'162.90
Einlage Wahlfonds	0.00	9'000.00	13'000.00
Einlage Kampagnenfonds	0.00	0.00	0.00
Parteiversammlungen	4'590.40	4'000.00	3'352.40
regiolinks.be / Info	6'290.70	6'500.00	6'141.65
Anlässe	381.65	1'000.00	590.25
Unterstützungen Intern (Juso)	3'200.00	2'500.00	2'500.00
Einlage Fonds pol. Rechte	300.00	300.00	300.00
Abschreibungen	0.00	0.00	100.00
Beitrag SP Kanton	100'340.00	71'543.00	72'668.00
Administration	2'445.13	3'000.00	2'189.00
Kredit GL	2'645.30	2'500.00	1'887.20
Internet	325.20	1'500.00	347.00
Diverses	0.00	0.00	0.00
Steuern	-	-	-
<b>Total Ertrag</b>	<b>309'170.00</b>	<b>137'650.00</b>	<b>136'187.00</b>
Sektionsbeiträge	119'363.00	115'500.00	116'605.00
Mandatsabgaben	19'360.00	20'000.00	19'432.00
Spenden	-	0.00	50.00
Ertrag Kampagnen	-	2'000.00	0.00
Wahlfinanzierung	80'402.00		
Übriger Ertrag	0.00	0.00	0.00
Zinsertrag	45.00	150.00	0.00
ausserordentlicher Ertrag	0.00	0.00	100.00
Entnahme Wahlfonds	90'000.00	0.00	0.00
<b>Erfolg</b>	<b>-3'838.26</b>	<b>107.00</b>	<b>152.08</b>

## **7. Berichte der Arbeitsgruppen**

### **7.1 Arbeitsgruppe Bildung**

Die Zusammenarbeit in der AG Bildung der SP der Stadt Bern ist gut und engagiert. In der Regel nehmen rund 10 bis 15 Personen an den Anlässen und Sitzungen teil. Es handelt sich dabei einerseits um Schulkommissionsmitglieder, andererseits um weitere, an Bildungsfragen interessierte, Parteimitglieder.

Im Berichtsjahr 2017 fanden die folgenden Anlässe statt:

#### **17. Mai 2017, Thema: Der neu gefasste Sozialindex der Stadt Bern und seine Anwendung im Schulbereich**

Der angepasste Sozialindex führt zu gewissen Verschiebungen zwischen den Schulkreisen, was die Zuteilung der Stellenprozente für Spezialunterricht und besondere Förderung anbelangt. Tendenziell gibt es etwas mehr Stellenprozentpunkte für den Westen (Schulkreise Bümpliz und Bethlehem) und etwas weniger für die Schulkreise Länggasse-Felsenau und Kirchenfeld-Schosshalde. Die neue Zuteilungsart war in der AG Bildung im Grundsatz nicht bestritten, auch wenn es einen gewissen Diskussionsbedarf gab.

#### **7. September 2017, Thema: Überarbeitung des Positionspapiers Bildung der SP Stadt Bern (gemäss Auftrag der GL)**

Das heutige Papier (Titel: Plattform Bildungspolitik) stammt aus dem Jahre 2003 und wurde letztmals 2006 angepasst. Es gilt nun, das Papier auf die heutigen Gegebenheiten auszurichten, da sich seither im Schulbereich grössere Veränderungen ergeben haben. Es wurde in der AG beschlossen, vorgängig einen Bildungsworkshop – mit dem Titel „Bildung 2028, Chancen, Thesen und (An-) Forderungen“ - zu organisieren. Dieser findet am 17. Februar 2018 statt. Anschliessend soll das Positionspapier aufgrund der Ergebnisse neu gefasst werden.

#### **18. Oktober 2017, Thema: Ganztageschulen in der Stadt Bern**

Irène Hänsenberger, Leiterin des Schulamtes, hat das Thema kompetent präsentiert. Sie hat insbesondere aufgezeigt, was der Unterschied zwischen Ganztageschulen und den herkömmlichen Tagesschulen hinsichtlich Betreuungsumfang der Schulkinder ist. Es ergab sich daraufhin eine engagierte Diskussion und es herrschte Konsens in der AG, dass das möglichst flächendeckende Angebot von Ganztageschulen eine Forderung der SP in der Schulpolitik sein sollte.

Für 2018 sind drei weitere Anlässe der AG Bildung geplant.

Für die AG-Bildung: Barbara Breitenstein und Cipriano Alvarez



## 7.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung

Die AG Gleichstellung hat sich zum Teil neu formiert und besteht aktuell aus fünf Mitgliedern. Sie hat sich im Jahr 2017 zu vier ordentlichen Sitzungen getroffen. Einen Vorsitz gibt es zurzeit nicht; die Aufgaben werden gemeinsam geplant und durchgeführt.

Die Mitglieder der AG Gleichstellung sind Edith Siegenthaler, Natalie Studer, Emmanuel Neuhaus, Benno Frauchiger und Andrea Kaufmann.

Bestandteil jeder Sitzung waren aktuell diskutierte Themen rund um Gleichstellung sowohl aus der breiten Bevölkerung und Medien wie auch aus den verschiedenen politischen Gremien. Die AG Gleichstellung unterstützte etwa die Volksinitiative zum Vaterschaftsurlaub. Sie plante eine Sammelaktion am Tag des Frauenlaufes. Wegen des Erfolgs der Volkinitiative und genügend Unterschriften musste die Sammelaktion jedoch nicht mehr durchgeführt werden.

Die AG Gleichstellung diskutierte weitere Anliegen rund um Gleichstellung, Elternschaft und Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, und verglich Elternzeitmodelle in verschiedenen europäischen Ländern. Arbeitszeit und Teilzeitstellen, insbesondere die Ungleichheit des Angebots für Frauen und Männer waren Diskussionspunkte, die vorgebracht wurden. Die Stadt Bern kann eine Vorbildrolle einnehmen, indem sie nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer Teilzeitarbeitsmöglichkeiten schafft. Daran anschliessend diskutierte die Arbeitsgruppe, dass Frauen für höherprozentige Pensen motiviert werden müssten, um die Lohn- und Renteneinbussen gegenüber Männern zu verringern. Hier schliesst sich die AG Gleichstellung der Position an, dass die Arbeitszeiten allgemein reduziert werden müssten.

Die Arbeitsgruppe Gleichstellung führte einen Austausch mit Eltern über die Situation von Kinderbetreuung in der Stadt Bern durch. Ziel war es, durch verschiedene Meinungen von Eltern im beruflichen und privaten Umfeld der AG einen Einblick in aktuelle Bedürfnisse in Sachen Kinderbetreuung zu bekommen. Die umfassenden Rückmeldungen ergaben, dass die Betreuung der Kinder in Kitas grundsätzlich gut ist. Die Kitas sind jedoch – wenn nicht subventioniert - sehr teuer und das Angebot ist noch immer zu knapp. Fragwürdig sind die Arbeitsbedingungen in den Kitas insbesondere durch die vielen Praktikant\*innen. Handlungsbedarf besteht jedoch hauptsächlich in der Qualität und im Angebot von Tagesschulen.

Für die AG Gleichstellung: Andrea Kaufmann

## 7.3 Arbeitsgruppe Kultur

Das Jahr 2017 war für die AG Kultur ein ergiebiges Jahr. An vier regulären Sitzungen haben sich die Mitglieder getroffen und dazu auch Gäste aus der Kulturszene eingeladen.

An unsere **März-Sitzung** luden wir Annette Lehmann, Vize-Präsidentin des Schlachthaus Theaters, ein. Sie berichtete vom Prozess der Annäherung zwischen **Schlacht-**

**haus Theater und Dampfzentrale.** Wie sie uns erläuterte, waren beide Häuser gegen eine Zusammenlegung und verfolgen nun eine Kooperation beim Austausch von Räumlichkeiten und in der Kulturvermittlung.

Im **Juni** traf sich die AG mit Veronica Schaller (**Kulturbeauftragte der Stadt Bern**) und fragte unter anderem nach dem Stand der Umsetzung der gesamtstädtischen Kulturstrategie. Sie informierte uns dahingehend, dass ein Fragebogen an alle Direktionen versandt wurde, der im Herbst 2017 ausgewertet werden soll (Resultate liegen uns noch keine vor). Laut Schaller sei es zu früh, um die Frage seriös zu beantworten, ob die städtische Kulturstrategie künftig einen Einfluss auf die Kultur-Leistungsverträge oder das Controlling haben wird.

An der **August-Sitzung** hat die AG verschiedene **Kulturverbände in Bern** zu einem Austausch eingeladen. Im Hotel Bern diskutierten wir mit Visarte (visuelle Kunst), ACT (freie Theaterschaffende), BSV/AdS (Autorinnen und Autoren), bekult (Kulturveranstalter) und PAKT (experimentelle Musik) das Thema „Soziale Sicherheit bei Kulturschaffenden“. Die Sitzung ergab, dass Handlungsbedarf besteht. Die AG Kultur wird an dem Thema dranbleiben und bereitet einen Vorstoss im Stadtrat vor.

Im **September** hat die SP-Fraktion im Rahmen der Budgetdebatte im Stadtrat einen Antrag zur **Erhöhung des Kredits für Kinder- und Jugendkultur** eingereicht. Das Kunstvermittlungsangebot Kidswest im Westen von Bern erhält dadurch ab 2018 einen Leistungsvertrag. Es wäre wünschenswert, solche Angebote im ganzen Stadtgebiet anzubieten. Denn hier werden Kinder und Jugendliche an Kunst herangeführt, die im Normalfall nicht damit in Berührung gekommen wären.

Auf **Einladung der SP Holligen** referierte Katharina Altas zusammen mit dem Künstler Franz Krähenbühl am **18. Oktober** über Kulturpolitik vor dem Hintergrund der gesamtstädtischen und der kantonalen Kulturstrategie. Franz Krähenbühl berichtete über das experimentelle und spartenübergreifende Kunstprojekt TRANSFORM in Holligen. Ausserdem verfasste die AG Kultur im Auftrag der Geschäftsleitung der SP Stadt Bern eine Antwort zur **Vernehmlassung zur kantonalen Kulturstrategie 2018**.

An der letzten Sitzung des Jahres im **November** trafen wir Nina Zimmer, Direktorin Kunstmuseum Bern und Zentrum Paul Klee. Im Gespräch erörterten wir die Themen Gurlitt-Sammlung, modernes Museumskonzept, Willkommenskultur in Museen, Ticketpreise und den Museumsanbau. Die Superdirektorin informierte uns in allen Bereichen offen und kompetent.

Mit den Neuzugängen hat die AG Kultur frischen Wind erhalten. Auch 2018 werden uns die Themen nicht ausgehen, ob Alpines Museum, Bundesmillion, 100-Jahr-Jubiläum der Kunsthalle oder Museumsanbau. Es bleibt spannend. Wir freuen uns auch nach wie vor über neue Mitglieder.

Die **Mitglieder der AG Kultur** sind: Katharina Altas (Co-Leitung), Patrizia Mordini (Co-Leitung), Renate Heer, Markus Morgenegg, Kalinka Huber, Gisela Nyfeler, Milva Stark, Adrian Schild und Jean-Luc Froidevaux.

Für die AG Kultur: Katharina Altas und Patrizia Mordini

## **7.4 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit**

Die AG regionale Zusammenarbeit wurde im November 2013 konstituiert und besteht aus SP-Politikerinnen und -Politikern der fünf Gemeinden Bern (Ingrid Kissling, Peter Marbet), Köniz (Ruedi Lüthi, Annemarie Berlinger), Ostermundigen (Christian Zahler – Leitung der AG; Ruedi Mahler), Muri (Laura Ezquerra) und Zollikofen (Hans-Jörg Rhyn). In den vier Jahren seit der Gründung ist in der AG die Überzeugung gewachsen, dass die Zusammenarbeit in der Region Bern nur intensiviert werden kann, wenn dazu auch die nötigen Treffpunkte und Strukturen existieren – die AG selber bildet die Basis dazu.

### **Resonanzgruppe Kernregion Bern trifft sich 2018 zum ersten Mal**

Dies haben auch die Gemeinden der Kernregion Bern erkannt und als Antwort auf einen breit getragenen parlamentarischen Vorstoss «Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen» eine Resonanzgruppe initiiert. Der Perimeter der Resonanzgruppe umfasst die Gemeinden des sogenannten Boccia-Clubs, der vor ein paar Jahren von den Exekutivmitgliedern der 13 Nachbargemeinden von Bern und der Stadt gegründet wurde. Die Resonanzgruppe wird sich aus einem Mitglied der Exekutiven und in der Regel zwei Mitgliedern der Legislativen oder (wo kein Parlament vorhanden) der Kommissionen zusammensetzen. Der erste Anlass findet am 15. März 2018 statt. Ziel ist, mit der Resonanzgruppe eine Plattform zu schaffen, wo Ideen und Projekte für die gemeinsame Entwicklung der Kernregion Bern lanciert werden können. Die Resonanzgruppe geht letztlich auf das koordinierte Vorgehen der SP-Arbeitsgruppe zurück, welche den Vorstoss in den verschiedenen Gemeinden eingereicht hat.

### **Gemeinsame Delegierten- resp. Mitgliederversammlung zu Fuss- und Veloverkehr**

Fixer Bestandteil in der Agenda der SP Bern ist mittlerweile der regionale Anlass, der kurz vor den Sommerferien stattfindet. Die AG regionale Zusammenarbeit zeichnet verantwortlich für die Organisation. Am 12. Juni 2017 trafen sich die SP-Mitglieder von Köniz, Ostermundigen, Muri, Zollikofen und Bern zum Thema «Von der Velooffensive zum regionalen Fuss- und Veloverkehrsnetz?». Das Interesse der Agglomerationsgemeinden an der Initiative der Stadt Bern ist gross, stösst zwar mancherorts an finanzielle Grenzen, hat aber in verschiedenen Gemeinden bereits zu konkreten Projekten geführt (z.B. Veloroute Köniz-Bern-Ostermundigen). Eine nächste Gelegenheit, die städtische Initiative in die Agglomeration zu tragen, bietet das neue Veloverleihsystem der Stadt Bern, das 2018 umgesetzt wird. SP-Parlamentarier haben in Köniz, Ostermundigen und Zollikofen bereits Vorstösse eingereicht, um die Standorte des Veloverleihnetzes auf diese Gemeinden zu erweitern. Am 18. Juni 2018 findet die nächste regionale Versammlung statt, voraussichtlich zum Thema Smart Cities – Smart Region.

Für die AG regionale Zusammenarbeit: Peter Marbet

## 7.5 Arbeitsgruppe Sicherheit

Die AG-Sicherheit hat sich 2017 zu vier Sitzungen getroffen. Themen, die wir dabei diskutiert oder zu denen wir Abklärungen getroffen haben, waren u.a.:

- private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum;
- die Behandlung der Polizeigesetzrevision im Grossen Rat;
- das Vorgehen der Polizei bei der Räumung von Liegenschaften sowie die damit teilweise zusammenhängenden Entwicklungen rund um die Reitschule;
- und immer wieder das Thema Kundgebungen.

Im Juni hatte die AG einen sehr konstruktiven Austausch mit Geminderat Michael Aebersold. Thema war insbesondere die Überwachung der Schul- und Sportanlagen. Der Stadtrat hatte kurz zuvor beschlossen, diese nicht mehr durch private Security-Dienste ausführen zu lassen. Weiter äusserte die AG den Wunsch nach einem toleranteren Umgang der Stadt mit Sprayereien (z.B. Freigabe von Flächen in Aussenquartieren oder an Schulen) und thematisierte die bevorstehende Revision des kantonalen Polizeigesetzes sowie die Frage, nach welchen Kriterien Kundgebungen bewilligt bzw. nicht bewilligt werden.

Im Januar 2018 (statt November 2017) beriet der Grosse Rat die Revision des Polizeigesetzes. Es wurden – wie erwartet – viele Beschlüsse gefasst, die unserem Verständnis von Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit sowie dem Schutz der Privatsphäre diametral zuwiderlaufen. Wir werden die zweite Lesung in der Märzsession genau mitverfolgen und analysieren, bei welchen Punkten die SP aus unserer Sicht auf städtischer Ebene noch politisch Einfluss nehmen kann.

2017 konnte ein Teil der AG endlich vertieft mit der Diskussion zur Drogenpolitik beginnen. Dies entspricht einem Auftrag der Delegiertenversammlung: Im Rahmen der Beratung des sicherheitspolitischen Positionspapiers 2016 forderte die DV, eine Gesamtschau vorzunehmen und Ansätze einer neuen, modernen Drogenpolitik zu suchen. Die heutige Vier-Säulen-Politik von Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression stammt aus den 90er-Jahren. Dank deren Erfolg haben drogenpolitische Themen an Aufmerksamkeit verloren, wodurch die Schweiz ihre Vorreiterrolle sukzessive eingebüsst hat.

Es wurde eine ad-hoc-AG Drogen ins Leben gerufen, bestehend aus interessierten Mitgliedern der AG-Sozialpolitik (Gerhard Wehrli und Matthias von Bergen), der AG-Sicherheit (Stefan Müller, Meret Schindler und Yasemin Cevik) sowie Marieke Kruit. Die Arbeitsgruppe traf sich mehrmals und hat sich dazu entschlossen, das Thema mittels einer Tagung zu lancieren, welche den Dialog zwischen Fachleuten einerseits und interessierten Politikerinnen und Politiker aus der ganzen Schweiz andererseits wieder in Gang bringen soll. Die Tagung findet am Samstag, 24. November 2018 in Bern statt.

Als Mitglieder der AG-Sicherheit sind aufgelistet: Giovanna Battagliero, Yasemin Cevik, Vera Diener, Rahel Habegger (per Ende 2017 ausgetreten), Geraldine Kipfer, Martin Krebs, Nora Krummen, Lukas Meier, Stefan Müller, Meret Schindler, Michael

Sutter und Michael von Bergen. Die Sitzungen leitet Stefan Müller, beim Protokollieren wechseln wir uns ab.

Für die Arbeitsgruppe Sicherheit: Yasemin Cevik

## **7.6 Arbeitsgruppe Sozialpolitik**

Die AG Sozialpolitik zählt per Ende Jahr 12 Mitglieder und hat sich im Verlauf des Jahres zu sechs Sitzungen getroffen. Weitere Sitzungen haben im Rahmen von Unter-Arbeitsgruppen stattgefunden.

Im Jahre 2017 überarbeitete die AG Sozialpolitik das Positionspapier „Antworten auf die sozialen Herausforderungen“. Weiter konnten Mitglieder unserer Arbeitsgruppe an Workshops zu sozialpolitischen Themen an der Retraite des Stadtrates mitwirken. Verschiedene Mitglieder engagierten sich während dem letzten Jahr in zwei Unter-Arbeitsgruppen zu den Themen fortschrittliche Drogenpolitik sowie zu bezahlbarem Wohnraum. Weiter interessierten wir uns für das Thema Rechtspopulismus und setzten uns im Rahmen von zwei Sitzungen in erster Linie theoretisch mit diesem Thema auseinander. Die Sitzungen endeten in leidenschaftlich geführten Diskussionen. Einige Erkenntnisse wollen wir in die Überarbeitung des Positionspapiers zum Thema Integration einfließen lassen.

In jeder Sitzung sind die Informationen zu sozialpolitisch relevanten Themen aus dem Stadtrat sowie der Sozialhilfekommission ein festes Traktandum. Die Entwicklungen in der kantonalen Sozialpolitik, z. B. Kürzungen in der Sozialhilfe, haben uns immer wieder beschäftigt und uns nachdenklich gestimmt. Konkrete Handlungen werden nach der zweiten Lesung des Sozialhilfegesetzes im Grossen Rat, welche Ende März 2018 stattfinden wird, gefragt sein.

Die Mitglieder der AG-Sozialpolitik sind: Christof Berger, Martina Eggenschwiler, Franziska Ehrler, Nadja Kehrl-Feldmann (Stadträtin), Veronika Keller, Fuat Köcer (Stadtrat), Miriam Schwarz, Markus Troxler, Gerhard Wehrli, Martin Wild-Näf (Mitglied Sozialhilfekommission), Roland Witschi, Matthias von Bergen.

Für die AG Sozialpolitik: Martina Eggenschwiler

## **7.7 Arbeitsgruppe Sport**

Die Arbeitsgruppe Sport hat sich im vergangenen Jahr zu zwei Sitzungen getroffen. Leider konnte auch im neuen Jahr kein neues Präsidium für die Arbeitsgruppe gefunden werden.

Kevin Bomhardt hat die Leitung der Arbeitsgruppe wie angekündigt Anfang 2017 definitiv abgegeben. Die Arbeitsgruppe hat darauf beschlossen, ihre Tätigkeit vorerst nicht einzustellen und provisorisch mit rotierender Sitzungsleitung fortzufahren.

Inhaltlich hat sich die Arbeitsgruppe im Jahr 2017 hauptsächlich mit den (fehlenden) Abfallkonzepten der Berner Freibäder beschäftigt. Die Berner Freibäder verfügen über kein Abfallkonzept und es wird auch keine Mülltrennung vorgenommen. Dies widerspricht der Forderung der Arbeitsgruppe, dass die städtischen Sportanlagen ökologisch vorbildlich sein sollten. Nach Intervention der Arbeitsgruppe bei der zuständigen Gemeinderätin wurde nun ein Pilotversuch im Marzili gestartet. Die Arbeitsgruppe wird die Entwicklung in dieser Angelegenheit weiterverfolgen und wenn nötig wieder intervenieren.

Für die AG Sport: Kevin Bomhardt

## **7.8 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr**

2017 fanden insgesamt fünf Sitzungen der AG Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr statt. An den Sitzungen nahmen jeweils sieben bis zehn Personen teil.

Im März gab Gisela Vollmer das Co-Präsidium der AG ab, das sie seit 12 Jahren zuerst zusammen mit Stefan Jordi und dann mit Felix Hauser innehatte. Neu wurde das bisherige AG-Mitglied Marieke Kruit zur Co-Präsidentin gewählt. Damit bleibt der direkte Draht zur Stadtratsfraktion und zur Kommission PVS gewährleistet. Gisela Vollmer danken wir herzlich für die engagierte Arbeit als Co-Leiterin; ihr Knowhow bleibt erhalten, da sie weiterhin der AG angehört.

Da die AG dieses Jahr bloss zwei Mitwirkungen verfasste, hatte sie mehr Zeit, um Vorlagen zuhanden der Stadtratsfraktion zu diskutieren – unter anderem über die Überbauungsordnung Rehhag, das neue Stadtentwicklungskonzept (STEK), den hohen Sanierungsbedarf bei den Schulbauten, den geplanten Ausbau des Autobahnknoten Wankdorf oder über die Entwicklungen Gaswerkareal und Vierer- und Mittelfeld.

### **Unter-AG Wohnen**

Die Unter-AG Wohnen lag längere Zeit brach. Sie konnte dieses Jahr reaktiviert werden. Die Unter-AG besteht neu aus Mitgliedern der AG Stadtentwicklung sowie der AG Sozialpolitik. Für die Leitung konnte Franziska Ehrler gewonnen werden. Ziel der Gruppe ist, die Wohnbaupolitik der Stadt Bern aus sozialpolitischer Perspektive und aus Sicht der Stadtentwicklung zu betrachten, die Positionen und Haltungen der SP Stadt Bern zu diskutieren sowie das Positionspapier zur Wohnpolitik der SP Stadt

Bern von September 2008 zu aktualisieren. Hierzu fanden bereits Gespräche mit dem zuständigen Gemeinderat Michael Aebersold statt. In der Gesamt-AG diskutierten wir mehrmals die in Entstehung befindlichen Arbeitspapiere.

## **Mitwirkungen und Stellungnahmen der AG Stadtentwicklung**

Die AG verfasste im Berichtsjahr folgende zwei Mitwirkungen:

### **1. *Planungsstudie Velonetz Bern Ost–Ostermundigen***

Die AG begrüsst es, dass die Regionalkonferenz eine aktive Rolle beim Ausbau und der Verbesserung des Velonetzes in der Region wahrnimmt. Leider wurden Verbindungen, die eine Umfahrung des Guisanplatzes (westlich) ermöglichen würden, nicht geprüft. Ob die Schaffung einer Kernfahrbahn auf dem Zentweg mittel- bis langfristig ausreicht, ist fraglich. Bei einer Zunahme des Veloverkehrs muss die Verkehrsführung gegebenenfalls optimiert werden.

### **2. *Mitwirkung Sachplan Verkehr (BLS-Werkstätte)***

Die Mehrheit der AG lehnt den Standort Chliforst ab. Der Standort Niederbottigen wird nicht abgelehnt. Er müsste aber vertieft und gezielt geprüft und angepasst werden, um stadt- und quaterverträglich zu werden.

Die Vorlage zur technischen Anpassung der städtischen Bauordnung wurde diskutiert, auf eine Mitwirkungseingabe wurde verzichtet. Die nötigen inhaltlichen Änderungen an der Bauordnung sollen in die folgenden Überarbeitungsschritte einfließen.

Wir danken allen für die engagierte Teilnahme an den Sitzungen und freuen uns auf spannende Diskussionen im nächsten Jahr.

Für die AG Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr: Felix Hauser und Marieke Kruit

## **7.9 Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie**

Das Jahr 2017 gehört für die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie leider nicht zu den Sternstunden ihrer bisher langen Existenz. Obwohl die AG im ersten halben Jahr noch das Positionspapier zum Service public überarbeitet hatte, konnte die Begeisterung für die Basisarbeit nicht mehr nachhaltig geweckt werden. Eine Neuorganisation dieser Arbeitsgruppe ist dringend angezeigt.

Dabei hatte die Parteileitung noch im Dezember 2016 wertvolle Diskussionsvorschläge zum Papier zurückgemeldet und der AG Wirtschaft und Energie zu erkennen gegeben, dass Service Public gerade für die Stadt Bern ein wichtiges und aktuelles Themenfeld darstellt. Denn im Schlepptau des neoliberalen Diskurses greifen Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien den Service public seit Jahrzehnten auch in Bern an – unzählige gegen Ende 2017 im Stadtparlament traktandierende Vorstösse

aus den Reihen der Freisinnigen belegen, dass eine erneute Debatte dieser Fragen ansteht. Der Kanton Bern – und allen voran Regierungsrat Schnegg – setzt mit einer selbsterzeugten Politik der leeren Kassen (z.B. Steuergeschenke für Firmen trotz Nein zur USR III) die öffentlichen Verwaltungen mehr denn je unter Druck. Die Absicht dahinter ist klar: Privatisierungsprojekte sollen rentierende Einheiten aus den Service public herausbrechen. Die abstruse Marktlogik dahinter torpediert soziale Abfederungsmassnahmen unter dem Deckmantel individueller Entscheidungsfreiheit. Dieser irreführenden Logik halten wir im Papier unserer Arbeitsgruppe fünf Thesen aus sozialdemokratischer Sicht entgegen. Nach einer Vernehmlassung in der Geschäftsleitung und in den Sektionen sollen diese Thesen im Rahmen einer Delegiertenversammlung diskutiert werden.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie hat sich dieses Jahr nicht als Gesamtarbeitsgruppe getroffen, weshalb die Co-Vorsitzenden die Leitung aufs kommende Jahr abgeben werden. Die AG setzte sich bisher zusammen aus: Ingrid Kissling-Näf (Co-Vorsitz), Halua Pinto de Magalhães (Co-Vorsitz), Johannes Wartenweiler, Michael Arn, Benno Frauchiger, Christian Käch, Nicola von Greyerz, Gottfried Treviranus.

Für die AG Wirtschaft und Energie: Halua Pinto de Magalhães

## 8. Bericht der JUSO Stadt Bern

Der Slogan der JUSO lautet: «Ändern, was dich stört». Und Dinge, die uns störten, gab es 2017 so einige, sodass wir wohl oder übel etwas gegen sie tun mussten.

### Abstimmungen

Bereits im Februar stand die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III statt. Dieser feuchte Traum der Bürgerlichen und Firmenbesitzer\*innen galt es mit aller Härte zu bekämpfen, hätte die Reform doch die Unternehmenssteuern massiv gesenkt und zu einem *noch* unsolidarischeren System geführt. Als die Abstimmungsergebnisse bekannt gegeben wurden, konnten wir es kaum fassen: Wir hatten es endlich geschafft, den in den letzten Jahren immer siegesverwöhnteren Bürgerlichen einen Riegel vorzuschieben.

Doch dies war nicht die einzige Abstimmungsschlacht, die wir zu schlagen hatten. Im April veranstaltete die SP eine Urabstimmung zu ihrer Haltung zur Altersvorsorge 2020. Wir waren davon überzeugt, dass diese Reform eine enorme Verschlechterung mit sich bringen würde, und versuchten, uns dagegen zu engagieren. Leider unterlagen wir innerhalb der SP, was uns jedoch nicht davon abhielt, uns mit anderen Mitteln gegen diese Konterreform zu engagieren. Tausende von Flyern konnten verteilt werden und so auf die Gründe für ein linkes Nein hingewiesen werden – und dies schon wieder mit Erfolg! So langsam könnten wir uns an dieses Abstimmungen-Gewinnen gewöhnen 😊.



## Crazy Cops

Das Jahr 2017 markierte wieder einige traurige Tiefpunkte der Kantonspolizei Bern. So wurde die Besetzung an der Effingerstrasse 29 im Februar mit brutaler Gewalt geräumt. Das Haus steht nun übrigens immer noch einfach leer. Auch in den Wochen darauf wurde die Polizei nicht ruhiger und erstickte Solidaritätsdemos durch grosse Gewaltanwendung schon im Keim.

Auch im Oktober hatte sie sich noch nicht beruhigt. So wurde eine als friedlich angekündigte Demo von einem Aufgebot von 2000 Polizist\*innen rigoros verhindert (in welchem Zusammenhang auch der «linke» Gemeinderat eine unrühmliche Rolle spielte), junge Leute wurden wahllos kontrolliert und verhaftet und eines unserer Mitglieder dazu gezwungen, Videoaufnahmen einer Festnahme zu löschen. Die damit verbundene Medienaufmerksamkeit ermöglichte es uns immerhin, endlich einmal breiter über die Missstände bei der Polizei zu sprechen und noch breiter die Abschaffung der antidemokratischen Bewilligungspflicht für Demos zu verlangen.



## Hot Dogs für alle statt für wenige

Im Juni wurde bekannt gegeben, dass sich die Preise der Hot Dogs in den städtischen Badis auf 9 Franken erhöht hatten. Wir fanden dies eine absolute Frechheit und entschlossen uns kurzerhand dazu, gratis 200 Hot Dogs zu verteilen, um auf solche versteckteren Formen der Gentrifizierung aufmerksam zu machen. Und die Reaktionen waren gewaltig. Nebst Einführung eines «JUSO-Menüs» in einer Beiz (kalter Cervelat an einer Vinaigrette) und Erwähnungen in englischen und chilenischen Zeitungen, brachte die Aktion auch wirklich einen Erfolg: Einige Badis führte daraufhin wieder einen vergünstigten Hot Dog für 6 Franken ein.

## 99%-Initiative

Nach einer Pause von etwa fünf Jahren lancierte die JUSO 2017 wieder eine eidgenössische Volksinitiative. Diesmal mit dem Ziel, tiefe und mittlere Einkommen finan-

ziell zu entlasten und dafür Vermögensgewinne der Superreichen höher zu besteuern. Nach einiger Verzögerung ging es dann im September mit einem gewaltigen Sammeltag los. Der Start war geglückt und von nun an weiteres Sammeln angesagt. Die Initiative wird uns auch 2018 weiter beschäftigen, ist es doch noch ein weiter Weg bis zu den 100'000 Unterschriften. Auch die mit der Initiative verbundenen Bildungsmöglichkeiten über das kapitalistische System wurden von uns nicht vernachlässigt. So konnten wir uns selbst und andere noch besser verständlich machen, wie die Ausbeutung in diesem System eigentlich genau funktioniert und wieso sie so perfid ist.

Mit der Initiative war jedoch noch ein weiterer Punkt verbunden: Wir mussten raus auf die Strasse um zu sammeln und dies ist in der Stadt Bern mit einer Bewilligungspflicht verbunden. Da wir nicht gewillt waren, diesen bürokratischen Schwachsinn auf uns zu nehmen, reichten wir gleich auf einmal 1000 Bewilligungsanträge ein, was wohl für die Sammelzeit genügen sollte. Und siehe da: Als Antwort kam vom Polizeinspektorat eine Pauschalbewilligung für ein Jahr, mit der wir endlich nach Lust und Laune sammeln durften.

### **Internes**

Intern lag unser Fokus vor allem auf der politischen Bildung, dem Führen einer Zukunftsdiskussion und der verstärkten Förderung von Frauen\*. Das 2016 ins Leben gerufene Bildungskonzept bewährte sich und wir führten zahlreiche spannende und lehrreiche Bildungsveranstaltungen durch – allermeistens von JUSO-Mitgliedern selbst recherchiert, organisiert und geleitet.

Da wir nun im Stadtrat vertreten waren, starteten wir unsere Zukunftsdiskussion – eine ausführliche Diskussion zu verschiedenen uns wichtigen Themen und wie wir diese konkret im Stadtrat und an anderen Orten erreichen wollten. Zudem begannen wir damit, Frauen\* verstärkt zu fördern. So machten wir uns daran, ein Konzept zu erarbeiten und reine Frauen\*anlässe zu organisieren, um so der patriarchalen Diskussionskultur etwas entgegenzuwirken.

Mitgliedermässig konnten wir auch dieses Jahr wieder zulegen, so dass wir nun 318 Mitglieder zählen, was einem Zuwachs von 13% entspricht. Leider sind bei weitem nicht alle aktiv, was wir sicherlich verstärkt zu ändern versuchen werden.

### **«Das gewalttätigste Element der Gesellschaft ist die Ignoranz» (Emma Goldman)**

2017 war geprägt von Ignoranz. Der Ignoranz von Trump gegenüber allen Menschen, welche weniger privilegiert sind als er, die Ignoranz der Bürgerlichen, dass weitere Abbaumassnahmen nichts als Verschlechterungen bringen, der Ignoranz der SP, dass die AV2020 nicht wirklich das Gelbe vom Ei ist und der Ignoranz der breiten Bevölkerung gegenüber Tausenden von Menschen, die an den Grenzen Europas sterben.

«Ändern was dich stört» war im vergangenen Jahr unser Slogan und er wird es auch im kommenden sein. Diese Ignoranz stört gewaltig und wir werden dafür kämpfen, um eine bessere, solidarischere und gerechtere Welt zu erhalten. Venceremos!

Für den Vorstand der JUSO Stadt Bern: Beni Stückelberger

## 9. Kontaktadressen

SP Stadt Bern  
Postfach 2947  
3001 Bern  
031 370 07 90  
bern@spbe.ch  
www.spbern.ch

JUSO Bern  
Postfach 2947  
3001 Bern  
info@jusobern.ch  
www.jusobern.ch

SP Bern Altstadt Kirchenfeld  
Postfach 511  
3000 Bern 8  
info@sp-altstadt.ch  
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem  
Postfach 713  
3018 Bern  
info@spbb.ch  
www.spbb.ch

SP Bern-Nord  
Postfach 609  
3000 Bern 22  
info@sp-bern-nord.ch  
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen  
Postfach  
3000 Bern  
info@spholligen.ch  
www.spholligen.ch

SP Bern Ost  
c/o Ruedi Muggli  
Merzenacker 85  
3006 Bern  
ruedi.muggli@epost.ch  
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd  
3000 Bern  
info@sp-bern-sued.ch  
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Felsenau  
Postfach 828  
3000 Bern 9  
info@sp-lf.ch  
www.sp-lf.ch